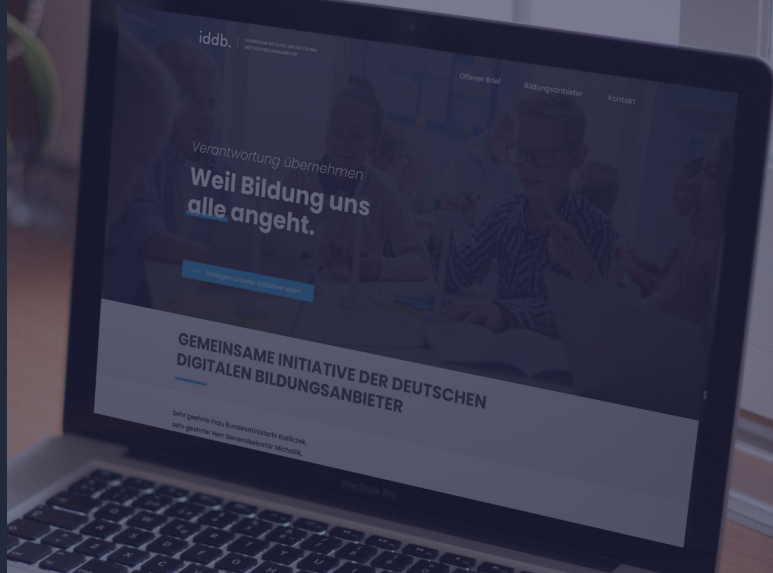


iddb.

GEMEINSAME INITIATIVE DER DEUTSCHEN
DIGITALEN BILDUNGSANBIETER

Initiative zeigen und einfach mal machen.

Die Initiative der deutschen digitalen Bildungsanbieter (iddb) wird von über 60 Mitgliedern unterstützt. Gemeinsam machen wir uns stark für die flächendeckende Förderung von digitaler Bildung in unserer Gesellschaft. Weil Bildung uns alle angeht.



Kernforderungen der Initiative der deutschen digitalen Bildungsanbieter

Kernforderung 1: Einen unbürokratischen Zugang zu digitaler Bildungsförderung etablieren – für alle

Dass Bildung für alle zugänglich sein muss, ist gesellschaftlicher Konsens. Doch in der Praxis werden gerade Schüler:innen aus bildungsfernen Schichten vor einen unnötig hohen Bürokratieaufwand gestellt – also ausgerechnet diejenigen, die eben nicht per se Zugang zu Bildung haben. Bildungs- und Teilhabegutscheine (gerade für Schüler:innen in prekären Lebensverhältnissen!) müssen einerseits auch für digitale Bildungsangebote genutzt werden können und sollten andererseits schneller sowie digitaler beantragbar sein. Außerdem müssen Lehrkräfte und Schulen durch modernere Lern-Settings und mehr Zeit für individuelle Förderung befähigt werden, chancengerechtere Bildung umzusetzen.

Kernforderung 2: Den Bildungsföderalismus auflösen

Zusammenarbeit auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene muss nicht nur möglich, sondern zum Standard werden: Schulen, Träger und Bund müssen bei der (digitalen) Bildung an einem Strang ziehen – genau das ist der Schlüssel zu einer gelingenden Schulentwicklung und zukunftsfähiger Unterstützung. Nicht zuletzt die Verzögerungen beim DigitalPakt (vom verspäteten Start bis hin zum ausbleibenden Abrufen der Gelder) und der anhaltende Investitionsstillstand haben gezeigt, dass Bildung in Deutschland anders geregelt werden muss: Bildung muss ein relevanter Staatsauftrag werden – ganz so, wie es Straßenbau und Gesundheit bereits sind. Dazu könnte es im ersten Schritt gehören, einen bundesweit einheitlichen Maßnahmenkatalog mit konkreten Zielen abzustimmen, der an Umsetzungsverpflichtungen geknüpft ist, sodass die konkrete Ausgestaltung vorerst Ländersache bleiben kann. Das Ziel: vorhandene Synergien zu nutzen, statt Verantwortlichkeiten hin- und herzuschieben.

Kernforderung 3: Gemeinsam eine zukunftsfähige Lern-Agenda aufsetzen

Zwei von drei Deutschen geben an, dass Schule nicht aufs Erwachsenwerden vorbereitet*. Gleichzeitig belegen Umfragen eine gewisse Planlosigkeit unter Schulabsolvent:innen jeder Schulform**. Parallel dazu klagen Arbeitgeber nicht selten über „unvorbereiteten“ Nachwuchs. Kurzum: Schule versagt bei ihrem Auftrag, auf das Leben vorzubereiten. Das liegt nicht nur an den Lehrplan-Inhalten, sondern an der grundsätzlichen Agenda, die bisher nicht zukunftsfähig aufgestellt ist. Dabei muss der Umgang mit digitaler Bildung und die Offenheit dafür im Fokus stehen. Es geht nicht nur um die Anschaffung von digitalen Endgeräten, sondern um eine neue Perspektive und neu gedachten Unterricht in den Schulen: vom projektbasierten Lernen über neue Prüfungsformate bis hin zur Vorbereitung auf „new work“ und digitale Arbeitswelten. Hierzu braucht es eine gemeinsame Lernagenda von Verwaltung, Politik, Schulen und Wirtschaft.

Kernforderung 4: Bildung transparenter gestalten und Fortschrittsvorhaben gemeinsam vorantreiben

Schüler:innen und Lehrkräfte benötigen Zugriff auf die bereits zahlreich vorhandenen Lern-/Contentangebote – ob kommerziell oder frei verfügbar. Warum das die Zukunft sein muss, zeigt ein simples Beispiel: Lucas, 14, schreibt nächste Woche eine Mathearbeit und lässt sich die wichtigsten Begriffe vorher in der Lern-App seiner Wahl erklären – das ist die Realität. Anbieter in diesem Segment vermitteln wissen so, dass Schüler:innen es selbstbestimmt einfordern. Könnte Schule von diesen Plattformen lernen? Wir sagen: Ja! Initiativen des Bundes oder der Länder gehen richtige erste Schritte. Was allerdings dazu gehört, ist: den Anbieter:innen zu vertrauen, die bestehenden Angebote zu nutzen und diese zur Verfügung zu stellen. Der Staat kann und muss bereits genutzte, etablierte Angebote einbinden und stärken.

Kernforderung 5: Digitale Kompetenz an die Schulen bringen

Ob es darum geht, IT-Systemadministrator:innen in den Schulen einzusetzen oder die Lehrkräfte digital kompetenter zu machen: Es gibt Handlungsbedarf bezüglich der digitalen Kompetenzen an Schulen, wie die Homeschooling-Praxis 2020 offenbart hat. Diese Kompetenzen können nicht nur durch Weiterbildungen gewährleistet werden, sondern auch durch einen Schulerschluss mit digitalen Anbietern. Sie haben Marktlücken erkannt und erfolgreich geschlossen. Eine Zusammenarbeit kann den Institutionen also nur helfen. Schüler:innen können so auf das vorbereitet werden, was sie außerhalb der Schule erwartet: das Leben und Arbeiten in einer digitalen Gesellschaft. Weiterbildungen von Lehrkräften müssen nicht nur im Hinblick auf die Nutzung von digitalen Geräten, sondern in erster Linie auch in Bezug auf ihre Rolle, digitale Pädagogik und neue Didaktik angepasst und in den Vordergrund gestellt werden – zum Beispiel mit schnell erreichbaren und kurzweiligen Mikrofortbildungen.

Kernforderung 6: Jährliches Investitionspaket in digitale Lern- und Lehrmaterialien festschreiben

Um digitale Bildung zu fördern, ist es notwendig, dass ein jährliches Digital-Investitionspaket eingerichtet wird, mit dem das jährliche Pro-Kopf-Budget für die Schüler:innen deutlich erhöht wird und das als dezidiertes Digitalbudget im Bildungsfinanzbericht^{***} fungiert. Nur so ist es möglich, konstant digitaler zu werden, handlungsfähig zu sein und zu planen, statt Adhoc-Pakete einrichten zu müssen, wenn sich Lücken offenbaren. Nachhaltigkeit und Autonomie sind hier die zentralen Stichworte: Schulen wissen selbst am besten, was ihre Schüler:innen brauchen – und sollten in Abstimmung mit dem Träger selbstständig über die Beschaffung von digitalen Lehr- und Lernmitteln entscheiden können. Dazu braucht es nachhaltige Finanzierungsstrukturen. Eine Anschubfinanzierung wie durch einen DigitalPakt ist gut und richtig. Aber um Angebote an Schulen dauerhaft aufrechterhalten zu können, braucht es zwangsläufig (schul-)jährliche Budgets, nicht nur Projektfinanzierungen.

Unser Appell: Schluss mit Befindlichkeiten und den Parallelwelten von digitalen Bildungsanbietern auf der einen und Bildungsinstitutionen auf der anderen Seite!

Die iddb steht ganz klar für ein Miteinander. Denn nur durch digitale Möglichkeiten wird auch institutionelle Bildung wirklich für alle zugänglich. Genau das muss jetzt unser gesellschaftliches Ziel sein. Daher appellieren wir an die Politik, dauerhaft ein regelmäßiges Austausch-Format mit den Vertretern der deutschen digitalen Bildungsanbieter einzurichten. Packen wir's an – gemeinsam!

Weitere Informationen zur Initiative finden Sie auf iddb.school.

Quellen:

*#nachhilfereport: Appinio-Umfrage im Auftrag von cleverly.de
https://research.appinio.com/#/de/survey/public/VQSi_K6Rj

**Zum Beispiel: Allensbach-Umfrage

https://www.focus.de/familie/lehre/schueler-wuenschen-sich-mehr-hilfe-jugendliche-wissen-nicht-was-sie-werden-wollen_id_4301092.html

*** Statistisches Bundesamt

https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publikationen/Downloads-Bildungsfinanzen/bildungsfinanzbericht-1023206207004.pdf?__blob=publicationFile

(am: 20.12.2021)